



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Oktober 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **A 524 Anfrage Meyer Jörg und Mit. über den Schutz vor Cyber-Angriffen / Finanzdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Jörg Meyer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Jörg Meyer: Die ausführliche Antwort der Regierung zeigt auf, dass dieses Thema auch politisch näher betrachtet werden sollte. Gleichzeitig zeigt sich in den Antworten ein hoher Bedarf, sich dieses Themas auf allen Ebenen anzunehmen. Es zeigt aber auch, dass die Problematik erst richtig erkannt wird und man möglicherweise noch etwas unbeholfen damit umgeht. Das hat mich etwas bedenklich gestimmt, denn letztlich finden Cyber-Attacken nicht erst morgen statt, sondern sie sind bereits gang und gäbe. So musste das Luzerner Kantonsspital 2016 einen Teil seiner Systeme abschalten, und letztes Jahr wurde im Kanton Aargau ein Alterszentrum erpresst, und es musste Lösegeld bezahlt werden. Diesen Sommer wurde die Telefonzentrale der Gemeinde Schlierbach gehackt. Es zeigt sich somit, dass mittlerweile zügiges und entschlossenes Handeln notwendig ist. Ich bin überzeugt, dass eine einzelne Gemeinde oder Institution mit einem so hoch komplexen und sich stetig wandelnden Thema allein nicht wirkungsvoll umgehen kann. Deshalb bin ich mit der Antwort des Regierungsrates nicht ganz zufrieden. Laut der Antwort wird mittel- und längerfristig eine weitere Bündelung der Kräfte angestrebt, und die notwendige Diskussion ist noch zu führen. Damit hätte man aber eigentlich schon gestern beginnen sollen. Die Digitalisierung breitet sich in Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und im Gesundheitswesen rasant aus. Ich bin überzeugt, dass wir auch beim Schutz von kritischen Daten unbedingt mit der technischen Entwicklung Schritt halten müssen, sonst wird das Vertrauen in die Digitalisierung – gerade auch im Bereich der Verwaltung oder des Gesundheitswesens – zerstört, und die damit verbundenen und erhofften Vorteile können nicht genutzt werden. Als Eigner von Betrieben hat der Kanton gegenüber den Gemeinden eine zusätzliche Verantwortung wahrzunehmen, die über die eigentliche Kernverwaltung hinausgeht. Den Antworten entnehme ich aber, dass man sich hier eher zurückhaltend engagiert und auf den autonomen Zuständigkeitsbereich verweist. Gerade die zunehmende Vernetzung in vielen Verwaltungsprozessen mit den Gemeinden macht eine proaktive Unterstützung zwingend. Jede zusätzliche Vernetzung und jeder neue Datenanschlusspunkt bringen zusätzliche Angriffsflächen mit sich. Darum hat die Zusammenarbeit jetzt zu geschehen. Ich bin der Meinung, dass alle Anstrengungen der Dienststelle Informatik, die innerhalb der Kantonsverwaltung betrieben werden, auch den Gemeinden, den Kantonsbetrieben oder weiteren interessierten Organisationen zur Verfügung stehen sollten, zum Beispiel die in der Antwort erwähnte Awareness-Kampagne. Hier muss und soll der Kanton eine Mitverantwortung übernehmen. Gemäss einem Artikel in der letzten „Zentralschweiz am Sonntag“ ist die Digitalisierung anscheinend die Zukunftschance der Zentralschweiz. Es wäre also eine gute Gelegenheit, hier innovativ und

zukunftsgerichtet voranzuschreiten und einen positiven Merkpunkt zu setzen.

Rahel Estermann: Die Antworten veranschaulichen, dass sich der Kanton der Gefahr von Cyber-Angriffen bewusst ist und sich für den Schutz vor ihnen engagiert. Je vernetzter unsere Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren, desto wichtiger wird Cyber-Security. Der Kanton muss dafür genügend Ressourcen sicherstellen. Hier zu sparen, wäre definitiv der falsche Ort. Einen besonders interessanten Punkt spricht die Regierung in ihrer Antwort zu Frage 3 an. Viele Angriffe bleiben versteckt. Die beunruhigendste Frage ist deshalb, ob es in letzter Zeit einen Datenverlust in der Verwaltung oder den kantonalen Institutionen gab. Aber noch wichtiger ist, ob es der Kanton überhaupt merken würde, denn Cyber-Security ist ein umfassendes Thema. Wir sind alle im Internet vernetzt. Der Kanton soll das Thema im Rahmen einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für den Kanton Luzern angehen. Eine entsprechende Motion wurde ja bereits eingereicht. Wir müssen uns jetzt und nicht irgendwann mit diesem Thema befassen. Die Awareness geht nicht nur die kantonale Verwaltung etwas an, sondern die ganze Bevölkerung. Ein Schlupfloch bei Einzelnen betrifft potenziell sehr viele Personen. Deshalb ist es wichtig, dass alle über Sicherheitsmassnahmen im Netz informiert sind. Der Kanton soll das Thema nicht nur innerhalb der Verwaltung proaktiv angehen, sondern sein Wissen zur Prävention auch in der Bevölkerung streuen, zum Beispiel mittels einer Broschüre.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Unsere ausführliche Antwort bringt zum Ausdruck, dass wir nach „best practice“ vernetzt und vorbereitet sind. Der Kanton hat ein grosses physisches Netzwerk, dem auch Gemeinden und andere Institutionen angeschlossen sind. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass dieses Netzwerk zu schützen ist, und das tun wir auch. Wir haben die Ressourcen in diesem Bereich schon länger verstärkt, weil wir uns der Gefahren bewusst sind. Wir wissen, was Vernetzung bedeutet. Die Dienststelle Informatik leistet gute Arbeit. Nun lautet die Frage, wo unsere Verantwortung endet. Unserer Meinung nach sind wir nicht proaktiv für alle Gemeinden, die ausgelagerten Institutionen und die Bevölkerung zuständig, das lässt sich auch beim besten Willen nicht organisieren. Der Anfragende würde sich wohl auch nicht darüber freuen, wenn die Dienststelle Informatik an der Schule, wo er als Rektor amtiert, einfach ein paar Tests durchführen möchte. Aber wir könnten eine Zusammenarbeit prüfen. Zudem gibt es private Firmen, die das Gleiche anbieten. Es würde auch nichts nützen, eine Broschüre zu drucken. Wir können die Bevölkerung höchstens sensibilisieren, denn das Thema ist zu komplex, um es in einer dreiseitigen Broschüre abhandeln zu können. Wir sind nach bestem Wissen und Gewissen vorbereitet, aber eine 100-prozentige Sicherheit gibt es bei diesem Thema nicht. Wir hatten bis anhin keine Vorfälle oder keinen Datenverlust, ausser dass wir es nicht bemerkt hätten. Wir sind vorbereitet und unterstützen auch die Gemeinden gerne. Damit wir aber weitere Abklärungen treffen können, müssen wir von den Gemeinden angefragt werden.